

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Beilage „Der Landwirt in Nassau“

Erscheint 2 mal täglich, auch Montag früh. — Bezugspreis: Abnehmer monatlich 1.50 M., vierteljährlich 4.50 M., durch Träger und andere, Vertheilungen frei ins Haus monatlich 1.50 M., vierteljährlich 4.50 M., durch die Post bezogen monatlich 1.40 M., vierteljährlich 4.20 M., ohne Bestellgeld. Einzelnummer 10 Pf.

Amtesliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Wiesbaden, Nikolausstr. 11. Fernruf Nr. 2015, 2016, 2017. — Anzeigenpreise: In Wiesbaden und Umgebung: 1.50 M., Restamette 1.00 M.; außerhalb 20 Pf., Restamette 1.00 M., Seitenpreise u. Rabatt laut Tarif. Sonderbeilagen 6 M. pro 1000.

Nummer 637

Montag, 16. Dezember 1918.

72. Jahrgang.

Für die Deutsche Volkspartei.

Entscheidung der Nationalliberalen Partei.

Aus Berlin wird uns gemeldet: Am gestrigen Sonntag vormittag trat im „Rheingold“ der Zentralvorstand der nationalliberalen Partei zu einer Sitzung zusammen. Die Verhandlungen wurden vom Staatssekretär Dr. Friedberg geleitet, der auch einen Ueberblick über die Einigungsverhandlungen gab, die zunächst zwischen der nationalliberalen Partei und der fortschrittlichen Volkspartei und alsdann zwischen der Deutschen Volkspartei und der deutschen demokratischen Partei geführt worden sind.

Generalsekretär Dr. Hugo berichtete über den Gang, den die Entwicklung in der Organisation der Provinzen und der verschiedenen Landesstellen genommen hat, sowie über den heutigen Stand der Dinge.

Aus der Partei wurde ein Antrag eingebracht, nach welchem die Organisation der nationalliberalen Partei ausrechterhalten werden soll, wenn auch unter dem neuen Namen und mit dem neuen Programm der Deutschen Volkspartei. Mit 21 gegen 28 Stimmen wurde dieser Antrag angenommen, womit ein Antrag Dr. Becker auf Auflösung der Partei gegenstandslos wurde. Der gesamte Bestand des Zentralvorstandes beträgt 229 Mitglieder, von denen nur 81 anwesend waren.

Zum Schluß nahm Dr. Friedberg in bewegten Worten Abschied von der nationalliberalen Partei, deren Geschichte er als glorreich bezeichnete. Seine Rede schloß mit einem begeisterten aufgenommenen Hoch auf das deutsche Volk.

Die 168 nicht anwesenden Mitglieder des Zentralvorstandes wohnten entfernt von Berlin oder im besetzten Gebiet; bei den Schwierigkeiten, die einer weiten Reise heute entgegenstehen und bei dem Reiseverbot für die besetzten Gebiete war dies nicht anders zu erwarten. Infolgedessen war die Zusammenkunft so, daß nur diejenigen Mitglieder die Sitzung besuchen konnten, die näher an Berlin wohnten, insbesondere aus Großstädten, in denen der demokratische Gedanke mehr Boden gewonnen hat. Wenn man das Stimmungsbild richtig bewerten will, so muß man in Betracht ziehen, daß die 168 Abwesenden fast ausnahmslos für den Antrag gestimmt haben würden, der die Ueberleitung der nationalliberalen Partei zur Deutschen Volkspartei vorsah. Aber auch trotz der ungünstigen Zusammenlegung der geistigen Sitzung des Zentralvorstandes ist dieser Beschluß gefaßt worden, den man nach den Vorarbeiten bei den Einigungsverhandlungen als den Willen der erdrückenden Mehrheit der Partei aufzufassen hat. Einzelne Vereine der nationalliberalen Partei, die bereits den Beschluß gefaßt hatten, der demokratischen Partei beizutreten, werden nunmehr zweifelsohne diesen Beschluß rückgängig machen und der Deutschen Volkspartei beitreten. Dasselbe gilt von Einzelmitgliedern.

Der nationalliberale Hauptverein Berlin machte am Donnerstagabend seinen Beschluß wieder rückgängig, die Entscheidung über den Anschluß an eine neue Partei bis nach der Sitzung des nationalliberalen Zentralvorstandes zu vertagen. Nach längerer Debatte, in die auch Abgeordneter Dr. Strefemann und Staatsminister Dr. Friedberg eingriffen, wurde mit großer Mehrheit der Beschluß gefaßt, sich dem Verein der Deutschen Volkspartei anzuschließen.

Wilson's Empfang in Paris.

Die ersten Trinksprüche.

Unter dem Jubel der Bevölkerung ist Präsident Wilson am Samstag vormittag in Paris eingetroffen. Präsident Poincaré gab ein Frühstück, wobei die ersten Trinksprüche ausgetauscht wurden. Poincaré dankte für die Hilfe Amerikas. Die französische Regierung, so fährt Poincaré fort, wird Ihnen, Herr Präsident, echte, ungeschwätzte Dokumente vorlegen, worin der deutsche Generalstab mit einem unglaublichen Egoismus sein Programm der Völkerung und Herrschaft aneinandergeheftet hat. Die Trauer um das, was geschehen ist, verlangt, daß der Friede eine Verzärtelung bringt. Um die Gefahr für die Zukunft unmöglich zu machen, ist es notwendig, daß der Friede eine Gewähr dafür bringt, daß es möglich ist, die künftigen Geschlechter gegen den Wiederbruch eines derartigen Kollektivwahns zu schützen. Wir müssen in den Frieden, den wir schließen, alle Bedingungen der Gerechtigkeit und alle Sicherungen der Dauer einbringen, die möglich sind.

Präsident Wilson dankte. Vom ersten Augenblick an habe das Volk der Vereinigten Staaten verstanden, daß es nicht genüge, den Krieg zu gewinnen, sondern, daß er derartig gewonnen werden müsse, daß die durch den Krieg aufgeworfenen Fragen endgültig gelöst werden, so daß der Friede der Welt gesichert werde. Ich bin gewiß, daß ich auf die von den Herren der Mittelmächte angetragenen Verwahrungen mit demselben Blick und derselben tiefen Empörung sehen werde, die sie in den Herzen der Bevölkerung Frankreichs und Belgiens erregen, und ich besitze wie

sie auf der Notwendigkeit einer Aktion beim Kriegsende, die nicht nur solchen Schrecken und Mord tötet, sondern allen Menschen in der ganzen Welt kundgibt, daß sie nicht ohne die Gewißheit gerechter Bestrafung begangen werden können. Es wird mir eine Freude sein, mit den Staatsmännern Frankreichs und der Alliierten bei der Festlegung der Maßnahmen täglich in Beratung zu stehen, mit denen wir den Fortbestand dieser erfreulichen Beziehungen der Freundschaft und des Zusammenwirkens und für die ganze Menschheit die Sicherheit und Freiheit des Lebens sichern können, wie es nur durch beständige Verbindung und Zusammenarbeit von Freunden geschehen kann.

Bei dem Empfang einer sozialistischen Abordnung erklärte Wilson: Der Krieg ist unternommen worden von Völkern, die vom Militarismus durchtränkt waren, und es ist notwendig, daß alle Feinde der Freiheit in die Unmöglichkeit verfaßt werden, in Zukunft ihren grausamen Willen der Menschheit aufzuzwingen. Aber ein Prinzip genügt nicht. Es ist notwendig, daß es durch die Zusammenarbeit der Völker unterstützt wird, deren wirksame Tätigkeit durch das Mittel des Bundes der Nationen unterstützt wird. Ich bin überzeugt, daß auch diejenigen, die Ihr großes Volk regieren, diese Auffassung teilen, und ich bin glücklich, betonen zu können, daß ich mit Ihnen zusammenarbeiten darf, um die notwendigen Garantien für einen dauernden, gerechten und blühenden Frieden aufzustellen, der die Opfer des Krieges rechtfertigen wird, damit die Menschheit in Zukunft ihr Opfer als das letzte tragische Mittel ihrer Emanzipation ansehen wird.

Wilson als Bürger von Paris.

Paris, 15. Dez. (Priv.-Tel.) Der „Havas“ berichtet, hat der Gemeinderat von Paris beschlossen, dem Präsidenten Wilson das Bürgerrecht von Paris zu verleihen.

Abbruch der deutsch-polnischen Beziehungen durch Polen.

Warschau, 15. Dez. (B. V.)

Die Polnische Telegraphen-Agentur meldet: Heute um 10.30 Uhr vormittags überreichte der Vorstand der polnischen Abteilung des Ministeriums des Innern, Dr. Karl Bader, in Begleitung des Referenten für deutsche Angelegenheiten, Karel Morawski, im Namen der polnischen Regierung dem Großen Rat eine Note, in welcher unter Hinweis auf die Zustände in Ober-Ost, wo die deutschen Behörden den polnischen Staatsinteressen zuwiderlaufende Handlungen begingen und gemeinsam mit den polnischen Vorgesetzten, die polnische Regierung die Ueberzeugung ausdrückte, daß weitere Verhandlungen mit der deutschen Regierung zwecklos, ja sogar für die innere Ordnung in Polen sowie für die künftigen gegenseitigen Beziehungen schädlich wären. Aus diesem Grunde lehnte die polnische Regierung voran, die diplomatischen Beziehungen mit der deutschen Republik abzubrechen und ersuchte den deutschen Vertreter, unverzüglich samt dem gesamten Personal der Gesandtschaft die Republik Polen zu verlassen. Graf Kessler erklärte er werde in der nächsten Richtung die Grenzen des Staates verlassen.

Die Vorfriedenskonferenz.

Bern, 15. Dez.

Die Neue Korrespondenz meldet: In diplomatischen Kreisen glaubt man, daß die Vorfriedenskonferenz am 18. Januar beginnt. Der Beginn der interalliierten Konferenz ist auf den 2. Januar verschoben worden. Auf Vorschlag Wilsons soll über den Verlauf dieser Konferenz täglich der Öffentlichkeit Bericht erstattet werden.

Nichtanerkennung der A- und S.-Mächte.

Die die Politisch-parlamentarischen Nachrichten mitteilen, fragte der A- und S.-Mächte Kreuznach in Triest, ob für die besetzten Gebiete ungehinderte Ausreise- und Verkehrsbedingungen der Delegierten zur Berliner Tagung der A- und S.-Mächte am 16. 12. gewährleistet wird. Auf diese Anfrage erteilte noch durch die deutsche Volkskammerkommission die laconische Antwort: Die Alliierten erkennen die A- und S.-Mächte nicht an.

Die Berliner Soldatenräte gegen Fehrenbach.

In der Samstagssitzung der Groß-Berliner Soldatenräte ist eine Entschließung, die die Einberufung des Reichstages verurteilt und die Forderung Fehrenbachs wegen Vandalismusverrats fordert, einstimmig angenommen worden.

Abtransport aus Helsingfors.

Helsingfors, 16. Dez. (Priv.-Tel.)

Die letzten deutschen Truppen unter General Goltz verlassen heute, Montag, Helsingfors. Auch die Infanterie, deren weiteres Verbleiben aus politischen Gründen nicht möglich ist, werden abreisen. Heute fand eine Abschiedsfeier der Truppen vor General Goltz statt, die zu begeisterten Kundgebungen der Bevölkerung für Deutschland führte. Infolge des Einspruchs der finnischen Regierung wurde die Blockade der finnisch-deutschen Schifffahrt aufgehoben.

Neues über die Abdankung des Kaisers.

Ein Bericht des Gewährsmannes des neuen politischen Tagesdienstes, der bis zum 9. November in persönlicher Beziehung zum Kaiser stand, schilderte die Vorgänge bei der Abdankung des Kaisers im Großen Hauptquartier. Die Auffassung des Kaisers über den Kronverzicht kam am 8. November folgendermaßen zum Ausdruck: „Ich denke nicht

daran, abzudanken. Von jedem Offizier verlange ich, daß er treu auf seinem Posten aushält. Als oberster Kriegsherr muß ich treu aushalten, weil ich dadurch nur meinem Volke dienen kann; denn ich lebe den kaiserlichen Volkswillen über Deutschland hereinbrechen, wenn ich gehe, und da muß eine starke Hand sein, um Deutschland vor einem Chaos zu retten. Darum bleibe ich. Auch arbeite ich gerne mit der neuen Regierung. Mehrere Herren, mit denen ich gesprochen habe, sind mir in ihrer Mitarbeit sehr sympathisch.“ Der Urteil der Stabschefs der Armee, das Hindenburg am 9. November dem Kaiser überbrachte, lautete einstimmig: Gegen den Feind sind die Truppen sicher. Gegen die Kameraden wird wohl niemand kämpfen. — Auf telephonischen Drängen wurde als Antwort nach Berlin gegeben, der Kaiser danke ab als Kaiser von Deutschland, nicht aber als König von Preußen. Darauf kam die telephonische Nachricht zurück: Es ist zu spät. Wir haben die Abdankung bereits veröffentlicht. — Abends legten die Herren der nächsten Umgebung dem Kaiser nahe, nach Holland zu gehen, aber der Kaiser wollte nicht. Erst abends 10 Uhr entschloß er sich auf das Drängen Dinges auf dem folgenden Schritt. — Als ausschlaggebend für die Entscheidung des Kaisers werden folgende Erwägungen mitgeteilt: Die Entente betont immer wieder, mit dem Kaiser keinen Frieden schließen zu wollen. Um also dem Volke den Frieden zu erleichtern, gehe ich nach Holland. Würde ich nach Deutschland gehen, so läge die Annahme nahe, ich suche eine neue Partei, um mit deren Hilfe einen Putsch zu unternehmen. — Der Kaiser hatte die Empfindung, daß die Armee ihn verlassen habe, und fühlte sich frei von der Verpflichtung, für sein Reich politische Entscheidungen zu treffen, da die Regierung aus eigener Machtvollkommenheit die Abdankung veröffentlicht habe. Um 5 Uhr morgens fand die Abfahrt nach Holland statt.

Vom deutschen Kronprinzen.

Der Deutschen Zeitung wird von unterrichteter Seite mitgeteilt, daß der deutsche Kronprinz nach dem Ausbruch der Revolution beim Soldatenrat nacheinander verhaftet habe, als Oerfführer bei der Armee bleiben zu dürfen. Ihm die seinem Alter entsprechende Stellung in der Armee zu belassen und schließlich als gemeiner Soldat bei der Truppe zu bleiben. Als alle diese Forderungen abgelehnt wurden, habe er gebeten, sich dann als Zivilist zu seiner Familie begeben zu dürfen. Erst als auch das abgelehnt wurde, habe er sich zur Flucht entschlossen.

Stadtnachrichten.

Wiesbaden, 16. Dezember.

Vom silbernen Sonntag.

Als wir gestern Nachmittag in die innere Stadt kamen, waren wir förmlich überflutet von dem gewaltigen Menschenstrom, der sich dort durch die Hauptgeschäftsstraßen ergoß. Wir meinen, zu Friedenszeiten sei er nicht härter gewesen. War es nun die Schaulust allein, die im Zeichen des Weihnachtsgeschäftes in den Auslagen angepöbelten Geschenken Artikel zu bestaunen, wie dies an den Sonntagen vor Weihnachten üblich ist, oder war auch eine gewisse Neugier damit verbunden, zu sehen, wie sich unsere fremden Gäste, die Franzosen, hier in ihrem Aussehen bemerkbar machen würden, weshalb der Straßenverkehr so groß war? Wir gingen einmal über Nikolausberg, Langgasse, Kirchgasse und Markthaus, also dort, wo der Verkehr am dichtesten war, und stellten fest, daß es sich in der Hauptsache tatsächlich nur um einen Veranlassungssturm handelte — man spazierte auf und ab, betrachtete Belanthe, blieb auch an einer besonders hübsch aufgemachten Schaufensterausstellung stehen, am meisten aber galten die Blicke den zahllosen graublauen, ungewohnten Uniformen, die sich meistens gruppenweise in den Menschenstrom gemischt hatten. Offiziere und Mannschaften der französischen Besatzungstruppen bewegten sich unter der Menge mit einer Selbstverständlichkeit, wie wenn dies immer so gewesen wäre. Man sah sie auch in einzelne Reihen treten und Einkäufe machen, kurz, man merkte, daß sie sich schon ganz auf hier zurechtgefunden haben. In den großen Warenhäusern war der Andrang besonders stark; es wurde aber, soweit wir beobachten konnten, noch wenig gekauft. Man begnügte sich in der Hauptsache wohl damit, eine vorläufige Auswahl für die zu ersehenden Geschenke zu treffen und den Einkauf auf eine ruhigere Stunde eines Wochentags zu verschieben. In den Abendstunden füllten sich auch die Wirtschaften, in denen ein reges Leben herrschte, bis das Herannahen der achten Stunde zur Heimkehr mahnte, wonach die Straßen plötzlich still und wie ausgedorht dalagen. Man gewöhnt sich an alles; auch an die neue Zeit und an die Pflicht, um acht Uhr zu Hause zu sein. Die letztere Bestimmung bringt zwar den Theatern und Unterhaltungshäusern einen empfindlichen Ausfall. Gestern wurde das Theaterverbot plötzlich wieder soweit aufgehoben, daß die Vorstellungen im Landes-theater, im Residenz-theater, im Vergnügungspalast und in den Künsterpielen „Abendgold“ nachmittags stattfinden konnten. Da die Erlaubnis aber erst spät bekannt wurde, so war der Besuch nicht allzu stark. Ein ungewöhnliches militärisches Schauspiel bot gestern Mittag um 12 Uhr die große Truppenparade mit Parade, die auf dem Schloßplatz stattfand. Mit klingendem Spiel zogen die einzelnen französischen Truppenteile durch die Stadt, um sich zur Truppenparade einzufinden, und ebenso marschierten sie nach Schluß derselben wieder in ihre Standquartiere zurück. Bei dieser Gelegenheit konnte man so recht erkennen, wie stark die Truppenmacht ist, die augenblicklich Wiesbaden besetzt hält. Auch dieses Ereignis hatte viel dazu beigetragen, die Leute auf die Straßen zu bringen und den Verkehr zu beleben. Das trockene, nicht zu kalte Wetter, das dem Verkehr ebenfalls sehr zuhatten.

